

**Zeitschrift:** Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft  
**Herausgeber:** Wechselwirkung  
**Band:** 1 (1979)  
**Heft:** 2  
  
**Rubrik:** Projekte

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# WISSENSCHAFTSLADEN

# PROJEKTE

## WETENSCHAPSWINKEL



### Ein direkter Draht zwischen Universität und Gesellschaft

Könnten in Amsterdam Altglascontainer aufgestellt werden, um so die Aufteilung und Wiederverwertung von Hausmüll anzuregen? Die Amsterdamer Gruppe des niederländischen Umweltbundes hat sich diese Frage gestellt. Natürlich verfügt sie nicht über die finanziellen und organisatorischen Mittel, so etwas im großen Stil aufzuziehen. Was tun? Ein privates oder staatliches Unternehmen würde sich bei einem derartigen Problem wohl ein wissenschaftliches Gutachten anfertigen lassen über Erfahrungen in anderen Städten, spezifische Bedingungen in Amsterdam, Kosten-Nutzen-Verhältnis usw. Das muß aber bezahlt werden. Für eine Umweltschutzgruppe, die sich die Wissenschaft nicht einfach kaufen kann, bieten die Hochschulen meist wenig Hilfe. Leider kann Bürgerinitiativen, Betriebsgruppen, Frauengruppen, kurz allen, die sich für ihre eigenen Interessen in politische Auseinandersetzungen begeben, die Wissenschaft nicht so egal sein, wie es offenbar umgekehrt der Fall ist.

In Amsterdam aber ist die Situation anders. An der Universität dort gibt es, offiziell seit 10. März 1978, einen „wetenschapsinkel“, einen Wissenschaftsladen. Die Umweltschutzgruppe formulierte ihre Frage und stellte sie dem Wissenschaftsladen. Dort wurde sie geprüft und dann im Wochenblatt der Universität veröffentlicht. Ein Mitarbeiter des Instituts für Umweltstudien meldete sein Interesse an. Ein Treffen wurde arangiert und die Frage in Zusammenarbeit von Klienten und Wissenschaftlern zum Gegenstand einer Studie gemacht. Das Ergebnis war ein Gegenvorschlag. Angesichts der riesigen Probleme sei es besser, sich zuerst auf Papierabfälle zu konzentrieren und damit auch gezielt Erfahrungen zu machen für eine spätere Aktion zur Verwertung von Glasabfällen. Die Gruppe akzeptierte den Vorschlag und begann mit der Arbeit. Dann aber kamen Nachfragen von anderen Gruppen, speziell aus dem Vertrieb biologischer Nahrungsmittel, die Probleme mit der Verwertung ihrer Glasabfälle hatten. Der Wissenschaftsladen wurde gebeten, eine Diskussion über den Bericht zu arrangieren. Nach diesem Treffen haben sich die verschiedenen Aktionsgruppen daran gemacht, gemeinsam die politischen Konsequenzen des Berichtes auszuarbeiten. Der Wissenschaftsladen

hat den Fall abgeschlossen.

Dies ist nur ein Beispiel aus der Fülle von Fragen, die der Wissenschaftsladen gestellt bekommen und weitergeleitet hat (siehe Tabelle).

### Organisation

„Ziel des Wissenschaftsladens ist es, beizutragen zur inneren und äußeren Demokratisierung wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Der Wissenschaftsladen will mit den Forschungsergebnissen einen Beitrag liefern zur Verbesserung der Stellung von Gruppen, die für Demokratisierung, Emanzipation und die progressive Umgestaltung der Gesellschaft arbeiten“ (Jahresbericht 1977/78). Gruppen die sich an den Laden wenden, sollen drei Kriterien erfüllen:

1. Sie sollen nicht in der Lage sein, die Forschung selbst zu finanzieren.
2. Sie sollen keine kommerziellen Ziele haben.
3. Sie sollen a) in der Lage sein, die Ergebnisse für ihre Ziele auch einzusetzen, oder b) soll, wenn das nicht der Fall ist, die Frage beispielhaft sein für ein gesellschaftliches Problem, das für andere Gruppen oder für eine fortschrittliche Wissenschaft in Lehre oder Forschung von Bedeutung ist.

Im Idealfall wird eine Frage nach den Kriterien geprüft, und es wird nachgesehen, ob sie nicht im Rahmen eines bestehenden Forschungsprogramms behandelt werden kann. Bei problematischen Fällen werden die Klienten an den „Allgemeinen Rat“ des Wissenschaftsladens verwiesen. Dieser Rat, der in Zusammenarbeit mit der Generalversammlung die Entscheidungsbefugnis hat, ist paritätisch besetzt mit 12 Vertretern der Universität und 12 Vertretern von Klientengruppen. Wenn die Anfrage nun akzeptiert ist, wird sie im Wochenblatt ausgeschrieben. Mitarbeiter der Universität oder auch Studentengruppen, die dann unter der Leitung eines Mitarbeiters arbeiten, können die Frage annehmen. Wenn sich niemand meldet, so bemüht sich das Forschungskomitee des Ladens, einen Bearbeiter (evtl. auch außerhalb der Universität) zu finden. Der Kontakt zwischen Klienten und Bearbeiter wird hergestellt.

Der Wissenschaftsladen bekommt regelmäßig Berichte und schließlich einen Auswertungsbericht, mit dem festgestellt wer-

den soll, ob Bearbeiter und Klienten mit der Arbeit zufrieden sind.

Die Schwierigkeiten bei diesem Verfahren liegen im mehr oder weniger zufälligen Zusammentreffen von Klienten und Bearbeitern und in der Natur der Fragen, die zumeist interdisziplinär zu bearbeiten sind. So werden inzwischen die Fragen in breitere Forschungsthemen gebündelt. Es wird geprüft, ob sich gewisse Problemfelder oder auch einzelne Fragen für Projektstudien eignen. Kontaktgruppen bei den einzelnen Fachbereichen sind im Aufbau. Sie sollen nicht nur Fragen vermitteln, sondern auch einen Überblick über wichtige Forschungen haben, die für Klientengruppen relevant sein können. Wie in diesem Fall ist das ganze Konzept auch zweiseitig gedacht. Der Wissenschaftsladen hat auch die Aufgabe, von sich aus mögliche Klientengruppen anzusprechen, sie auf laufende Forschungen hinzuweisen und ihre Probleme zu erkunden.

Die Verantwortlichkeit liegt letztlich beim Verwaltungsrat der Universität. Die Kooperationsvereinbarungen für jede Einzelfrage werden hier offiziell abgezeichnet. Für die Universität ist der Wissenschaftsladen ein Organ der inneruniversitären Forschungspolitik, das dem Verwaltungsrat der Universität assistiert. Der Laden berät in Fragen der Organisation gesellschaftlich relevanter Forschung und experimentiert mit den Möglichkeiten, solche Forschung in die traditionellen Strukturen einzufügen.

## Geschichte

Natürlich hat der Wissenschaftsladen seine Wurzeln in der Studentenbewegung 1968/69. Die Einsicht in die einseitige Abhängigkeit der Universität von Staat und Wirtschaft, Versuche einer „kritischen Universität“, die marxistische Analyse der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft, das Engagement von Studenten in der kommunistischen Partei, die Entwicklung des „Bunds wissenschaftlicher Arbeiter“ (BWA) – all das sind Elemente der Entwicklung. Konkret beteiligt an dem Amsterdamer Projekt waren zwei Gruppen. Nachdem 1973 die Partei der Arbeit an die Regierung gekommen war (bis 1977), ent-

wickelte sie ein Konzept demokratischer Wissenschaftspolitik. Der BWA machte 1976/77 den Vorschlag, Institute für gesellschaftlich orientierte Forschung einzurichten. Der Vorschlag fand prinzipiell die Anerkennung der Regierung. In Amsterdam traf er zusammen mit der Idee, eine Vermittlungsstelle für sozial relevante Forschung einzurichten. Dieser Vorschlag kam von mehreren Studenten- und Mitarbeiterfraktionen im Universitätsrat und wurde gestützt durch die Vertreter der Lehrprogramme „Wissenschaft und Gesellschaft“ an den naturwissenschaftlichen Fakultäten. Vor allem aus diesem Bereich kam dann die Gruppe von Freiwilligen zusammen, die im März 1977 inoffiziell mit der Arbeit begann. Daraufhin entschied die Universität, die Einrichtung als Experiment für die Dauer eines Jahres offiziell zu etablieren. Das experimentelle Jahr (1978) ist vorüber, und der Wissenschaftsladen ist inzwischen institutionalisiert mit vier festen Mitarbeitern und einem Etat von 50.000 Gulden. Wissenschaftsläden gibt es außerdem inzwischen an der Technischen Hochschule und an den Universitäten Leyden, Delft und Groningen, wobei es in Groningen eigentlich 5 Läden sind, die sich auf verschiedene Fakultäten verteilen. An praktisch allen anderen niederländischen Hochschulen existieren Pläne, ebenfalls Wissenschaftsläden einzurichten.

## Ein Vorbild?

In der Bundesrepublik gibt es hier und da Kooperationsverträge zwischen Universitäten und Gewerkschaften. Viel mehr an „Forschungspolitik von unten“ ist kaum zu finden. Können Wissenschaftsläden auch für uns ein Vorbild sein? Natürlich gibt es Probleme: Der Laden gerät zwischen die Fronten inneruniversitärer Auseinandersetzungen; die „relevante“ Forschung wird benutzt, um mehr Geld für die traditionelle Forschung zu fordern; die Klienten stehen den Strukturen der Universität fremd und oft hilflos gegenüber; die Zusammenarbeit von Klienten und Wissenschaftlern geht zumeist über das punktuelle Lösen von Problemen nicht hinaus. Und man kann weiter fragen, was denn die Institutionalisierung des Ladens an fixierten Strukturen und an Abhängigkeiten bringt, wo die Grenzen für Veränderung des traditionellen Wissenschaftsbetriebes sich zeigen und ob denn hier wirklich Aktionsforschung und Projektstudium realisiert werden, oder nur eine erweiterte Form wissenschaftlicher Gutachterei. Andererseits sind dies Fragen, die den Mitarbeitern des Wissenschaftsladens geläufig sind. Ja, es sind zum Teil Fragen, die der Wissenschaftsladen überhaupt erst aufwirft. Besondere Aufmerksamkeit hat denn auch das wissenschaftspolitische Problem gefunden: Wie kann eine umfassende Entwicklung von Forschungsprogrammen und -zielen zum Gegenstand einer echten Zusammenarbeit mit den Klienten gemacht werden? Kann die Trennung zwischen den Wissenschaftlern, die letztlich allein für die Formulierung und die Beantwortung der Fragen verantwortlich sind, überhaupt aufgehoben werden? Und wie stellen sich die Zusammenhänge mit der Wissenschaftspolitik der Regierung dar? Dass sich diese Fragen konkret stellen, dass sich Aspekte ergeben, die erst in der praktischen Arbeit sichtbar werden, dass dabei auch konkrete Probleme gelöst und Hilfe gewährt wird – das alles ist vorbildlich an den Wissenschaftsläden. Sie sind selbst ein Stück Aktionsforschung über Wissenschaftspolitik im Sinne von Demokratie und Emanzipation.

Me

Adresse:  
Universiteit van Amsterdam  
Wetenschapswinkel  
Sarphatistraat 133  
1018 GC Amsterdam

Inanspruchnahme der Wetenschapswinkels										
Zahl der Fragen (Apr. 77 – Sept. 78) Gebiet	Lokale Gruppen	Einzelperso- nen	3. Welt- Gruppen	Umwelt- gruppen	Politische Parteien	Interessen- gruppen	Gewer- beshäfen	Frauen- gruppen	Verschied.	Gesamt
1 Industrielle Organisation, Arbeit	1	1		1		20	4	7		34
2 Demokratisierung der Verwaltung	1	1				4				6
3 Verteidigung/Frieden			1			2	1	1		5
4 Ökonomie	1		1	1		10	1	6		20
5 Energie		1	2	5						8
6 Sozialarbeit	1						1	13		15
7 Kulturarbeit	5					1	2		2	10
8 Landwirtschaft/Fischerei			1					4		5
9 Massenkommunikation,	2	2	5		1	1	1	7		19
10 Umwelt	9	3	28				2			42
11 Ausbildung, Wissenschaft	3	2				9		5		19
12 Entwicklung 3. Welt		4	1				2	2		9
13 Recht	10	2	1	1		3	1	8		26
14 Freizeit				1		1	1	5		8
15 Wohnungen, Raumordnung	15	1	3			6	1	4		30
16 Gesundheitswesen	1	6	4			17	4	14		46
17 Bildungsarbeit	1		1			3	1	3		9
18 Verkehr	5		3			1		11		20
19 Recht auf Arbeit		1	1			11	1	3		17
20 Verschiedene	2	1				1		4		4
Gesamt	52	19	11	58	1	4	93	18	96	352

(Quelle: Wetenschapswinkel Amsterdam, Jaarverslag 1977 – 1978, S. 80)

**ZENTRUM  
für  
ARBEITS- und UMWELTSCHUTZ**

Anfang April dieses Jahres wurde in Bremen der „Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA)“ gegründet. Das erklärte Ziel dieses Vereins, dessen Programm sich in der Namensgebung hinreichend andeutet, ist der Aufbau und die Trägerschaft eines Zentrums, in dem mehrere Beschäftigte sich mit Problemen und Fragestellungen des Umwelt- und Arbeitsschutzes beschäftigen werden.

#### **Zur Entstehung dieser Initiative**

Die Initiative zum Aufbau eines Umweltzentrums ging von Mitgliedern des Projektes SAIU (1) und WESERWASSER an der Universität Bremen aus. In diesen Projekten war der Versuch unternommen worden, den ursprünglichen Reformansatz der Bremer Universität in die Tat umzusetzen: Ausbildung und Forschung für Fragestellungen einzusetzen, deren Lösung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegt.

Trotz durchaus beachtenswerter Ergebnisse dieser Projekte (2) blieb den Beteiligten die Erkenntnis nicht erspart, daß die Unterstützung der Alternativ- und Umweltbewegung, den abhängig Beschäftigten, sowie der gesamten Bevölkerung unzureichend bleiben mußte. Dies lag weniger daran, daß die Projekte auf Grund ihres Ansatzes gerade nicht auf die notwendige Unterstützung und Förderung hoffen konnten, sondern ist mehr dem Umstand zuzuschreiben, daß die Anfor-

derungen des offiziellen Wissenschaftsbetriebes andere sind, als die der Alternativ- und Umweltbewegung. So ist für eine Bürgerinitiative (BI), die sich für die Durchsetzung eines konkreten Ziels einsetzt, ein aktueller Zugriff auf diejenigen Fachdisziplinen notwendig, die mit ihrem Ziel etwas zu tun haben. In erster Linie interessieren qualitative Zusammenhänge. Quantitative Betrachtungen werden nur dann angestellt, wenn sie bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Gegenseite nicht zu umgehen sind, oder der Präzisierung eigener Zielvorstellungen dienen. In der wissenschaftlichen Welt dagegen ist das Betreiben von Wissenschaft an andere Kriterien gebunden, die zudem peinlich zu beachten sind, will man die eigene Reputation nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

#### **Gedanken zur Konzeption**

Die Frage nach der Organisation und Arbeitsweise eines Instituts zur wissenschaftlichen Unterstützung von BI führte uns in der Diskussion zu dem Ergebnis, daß der Aufbau eines „normalen“ Institutes, wie wir es von der Universität her gewöhnt sind, nicht dem Charakter und Ansprüchen von BI entspräche.

Zu Beginn der Anti-AKW-Bewegung waren es durchweg Laien, die sich der „zivilen“ Nutzung der Kernspaltung entgegenstemmten. Erst durch ihren Widerstand wurde eine bedeutendere Anzahl von Wissenschaftlern dazu angeregt, sich mit einer Entwicklung kritisch ausein-

- 1 Schadstoffnachweis am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser
- 2 So beschäftigte sich das Projekt WESERWASSER mit Untersuchungen über die Emissionen der Bleihütten in Nordenham und der Bestimmung des Bromoformgehaltes im Bremer Trinkwasser. Hierüber wurde in WECHSELWIRKUNG Nr. 1 berichtet.

Der Arbeitsschwerpunkt des Projektes SAIU liegt ebenfalls auf experimentellen Fragestellungen. Im Gegensatz zum Projekt WESERWASSER, in dem Biologen, Chemiker und Physiker zusammenarbeiten, arbeiten im Projekt SAIU fast ausschließlich Kernphysiker. Aus dem Umfeld dieses Projektes gingen die Bücher „66 Erwiderungen, zum richtigen Verständnis der Kernindustrie“, „Atommüll, oder der Abschied von einem teuren Traum“, sowie die Übersetzung und wissenschaftliche Kommentierung der Arbeit Ernest J. Sternglass' „Low-Level Radiation“ hervor. Themen der verschiedenen Arbeitsgruppen sind u.a. der Nachweis radioaktiver Strahlung und nicht-radioaktiver Schadstoffe im low-level-Bereich, die Bestimmung der Transferfaktoren von Radionukliden, die Beziehung zwischen Dosis und Wirkung bei radioaktiver Strahlung, sowie die Entwicklung tomographischer Verfahren für die Strahlendiagnostik.

ander zu setzen, die mit ihrem technisch-naturwissenschaftlich orientierten Weltbild durchaus vereinbar war. Dieses Faktum wird nur zu gerne übersehen oder verdrängt, ebenso die Tatsache, daß Laien in der wissenschaftlichen Argumentation teilweise ein Niveau erreichten und erreichen, das sich in Details dem ihres Widerparts überlegen zeigte, bzw. zeigt. Als Beispiel mag an dieser Stelle erwähnt sein, daß im Prozeß um das AKW Esensham W. Soyka auf jene Tatsache hinwies, die später in Harrisburg zur Katastrophe führte und es in Esensham weiter kann. W. Soyka verfügt aber weder in technischer noch naturwissenschaftlicher Hinsicht über irgendeine verbrieftete Qualifikation.

Die wissenschaftliche Kontroverse zwischen Alternativ- und Umweltbewegung einerseits und der Industrie- und Staatsseite andererseits ist durch die Fragestellung gekennzeichnet, die ständig schwieriger und spezieller werden. Für diejenigen, die diese Fragen bearbeiten, bedeutet das die Beschäftigung mit immer eingegrenzteren Fragekomplexen. Dieser Entwicklung steht z.B. in der Anti-AKW-Bewegung eine entgegengesetzte gegenüber: wissenschaftliche Fragestellungen werden in der Regel eigenen Experten übertragen bzw. überlassen. Wird dieser Prozeß nicht abgefangen und eine auf den wachsenden Spezialisierungsprozeß adäquate Antwort gefunden, sind die Folgen absehbar: Die Anti-AKW-Bewegung fällt zu ihrem überwiegenden Teil in eine Rolle zurück, aus der sie sich weitgehend gelöst hatte, der des entmündigten Laien. Sie wird erneut einer Wissenschaft, die vornehmlich der Absicherung von Herrschaftsinteressen dient, nichts anderes entgegensetzen können, als Unbehagen oder ohnmächtige Irrationalität. Resignation müßte für entscheidende Teile der Bewegung die Folge sein.

Auch für jene kritischen Wissenschaftler, die ihr Wissen auf Seiten der Alternativ- und Umweltbewegung einsetzen, kann diese Entwicklung nicht erwünscht sein. Denn in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die grundsätzliche Züge angenommen und den nationalen Rahmen längst gesprengt hat, ist weder der auf Seiten von Industrie und Staat stehende Wissenschaftler noch sein kritisches Gegenüber unabhängig. Sie sind zu Anwälten geworden, die antagonistische Interessen vertreten: der eine Profit- und Herrschaftsinteressen, der andere Lebensinteressen der Mehrheit, so theatralisch sich diese Aussage auch im ersten Moment ausnehmen mag. — Eine Alternativ- und Umweltbewegung in Agonie oder Auflösung würde jene Wissenschaftler, die sich ihr angeschlossen haben oder

mit ihr und ihren Zielen sympathisieren, ihrer sozialen Basis, ihres Adressaten berauben.

Abschließend mag noch auf ein Merkmal der Arbeitsweise von BI hingewiesen sein: die Interdisziplinarität. Denn die von BI bearbeiteten Probleme sind nicht eindimensional unter Einsatz nur einer Fachdisziplin zu lösen, sondern sie erfordern die Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und soziologischen Fragestellungen und schließen zudem die praktische Umsetzung der gewonnenen Ergebnisse ein.

### Zur inhaltlichen Konzeption des Zentrums

Wie bereits angedeutet, hielten wir den Schritt, ein *Institut* zu gründen, das *stellvertretend* für die BI arbeitet, für falsch. Unserer Meinung nach benötigt die Alternativ- und Umweltbewegung ihr *eigenes Zentrum*. Dieses stellt dann ihr Instrument in der wissenschaftlichen Kontroverse dar. Mit einem solchen Zentrum würden die BI über eine Institution verfügen, die zusammen mit ihnen und auf ihre Anforderungen hin wissenschaftliche Fragestellungen bearbeitet und bei der sie zu jedem Zeitpunkt auch qualitativ in den Arbeitsprozeß eingreifen können, was Ziel, Richtung und Intensität dieses Prozesses betrifft.

Gerade der Gedanke, Laien in fachlichen Fragestellungen Mitsprache und Entscheidungsbefugnis einzuräumen, wirkt auf Wissenschaftler und Techniker zumeist in höchstem Maße irritierend. Wir halten sie jedoch sowohl für möglich wie auch für wünschenswert, denn eine Auseinandersetzung zwischen Laien und Experten über konkrete Fragen der gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit zwingt beide Seiten zur Reflexion des eigenen Standpunktes und schließt für beide die

Notwendigkeit ein, sich dem Gegenüber verständlich zu machen. Daß sich hier die Möglichkeit eines zumindest verständnisvolleren Verhältnisses zwischen Laien und Experten bietet, ist unübersehbar. Ein wesentlicher Teil der künftigen Aufgaben für ein solches Zentrum soll die Koordination bereits existierender Aktivitäten von BI, wissenschaftlich arbeitender Gruppen oder Einzelpersonen sein. Dies betrifft sowohl den regelmäßigen Austausch von Informationen und Ergebnissen, als auch die Beantwortung von Anfragen, ihre Weiterleitung, oder die Herstellung von Kontakten. Über die Erstellung von Gutachten und die Betreuung von Prozessen hinaus übernimmt das Zentrum Aufgaben, die die Möglichkeiten einzelner BI übersteigen. Hierzu gehört etwa die Bereitstellung experimenteller Nachweismethoden.

Während für den Bereich des Umweltschutzes Aufgaben und der Weg, sie anzugehen, recht konkret benannt werden können, gilt dies für den Arbeitsschutz nicht. Obwohl die Zahl von 300.000 jährlich anerkannten Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit die Notwendigkeit einer solchen Fragestellung nachdrücklich vor Augen führt, fehlt für diesen Bereich der Adressat. Denn es ist mittlerweile bittere Erfahrung, daß die Gewerkschaften allen jenen Initiativen mißtrauisch gegenüberstehen, die sie nicht selber aus der Taufe gehoben haben. So wird sich das Zentrum wohl vorerst auf die Bestandsaufnahme der dringendsten Probleme am Arbeitsplatz, deren Sortierung und der Bereitstellung grundsätzlicher Literatur zu diesen Problemen beschränken müssen.

### Zur Organisationsform

Für die Realisierung der inhaltlichen Vorstellungen wurde als juristische Form die

des eingetragenen Vereins gewählt, wobei Institut und Trägerverein voneinander unabhängig sind. Dem Trägerverein können nur Einzelpersonen beitreten, um dem Verein eine möglichst große Unabhängigkeit von anderen Organisationen zu sichern.

Für das Zentrum existiert noch keine feste Organisationsform, da dies nach unserem Selbstverständnis einer breiten Diskussion vorbehalten bleiben muß. Nach unseren Vorstellungen sollte sie die beiden folgenden Aspekte enthalten:

- Das Zentrum wird durch einen wissenschaftlichen Beirat kontrolliert, der v.a. über den Arbeitsplan und Personalangelegenheiten entscheidet.
- Das Zentrum erhebt von seinen Mitgliedern und koptierten Personen keine Beiträge. Es erhält seine Haushaltsmittel vom Trägerverein.

### Augenblickliche Aktivitäten

Das Hauptaugenmerk liegt zur Zeit darauf, Mitglieder zu werben und Personen zu gewinnen, die sich an der Diskussion dieses Ansatzes wie seiner praktischen Verwirklichung beteiligen.

Daneben läuft die Durchführung der ersten zwei Projekte. Es handelt sich dabei um die Herausgabe eines Teils der Protokolle der NRC (3) über Harrisburg und um die Kommentierung und Herausgabe bislang unbekannter Materialien der Gesellschaft für Reaktorsicherheit. Ein drittes Projekt, der Aufbau eines Informationsarchivs, mußte bisher auf Grund der noch sehr beschränkten Arbeitskapazität vorerst zurückgestellt werden.

#### Kontakt:

„Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz“  
c/o E.-M. Muschol  
Manteuffelstr. 8  
2800 Bremen 1

3 Nuclear Regulatory Commission



## TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift WECHSELWIRKUNG ab Heft Nr..... Den Bezugspreis von 20.- DM (incl. Versandkosten) für 4 Hefte habe ich auf das Postscheckkonto Berlin-West Nr. 383165 - 108, Reinhard Behnisch, Hauptstr.31, 1000 Berlin 62 überwiesen.

Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Hefte, wenn es nicht 14 Tage nach Erscheinen des zuletzt abonnierten Heftes gekündigt wird.

Name.....  
Straße.....  
Wohnort.....  
Datum..... Unterschrift.....

ABONNEMENT ABONNEMENT ABONNEMENT ABONNEMENT ABONNEMENT ABONNEMENT

# Welches Gift in welchem Essen?

## Praktische Lebensmittelchemie

Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen haben erfahrungsgemäß bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit größte Schwierigkeiten, der Propaganda von Industrie und Behörden standzuhalten, wenn es um Schädigungen der Umwelt und Gefährdungen der Menschen geht. Sie stellen die Argumente und Forderungen der Aktionsgruppen als hysterisch und sachlich unbegründet hin, indem sie auf entsprechende „Beweise“ und „Argumente“ industrie-konformer Wissenschaftler hinweisen können. Und die sind gewohnt, von der Atomenergie bis hin zum Pestizideinsatz alles als sowohl „ungefährlich“ als auch als „sachlich notwendig“ zu bezeichnen. Der arglose Tageszeitungskonsument ist damit leicht zu überreden. Da hilft dann die gesamte Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft wenig weiter, sondern es gilt, deren Darstellung im konkreten Fall als bewußte Unwahrheit und Irreführung der Öffentlichkeit aufzudecken.

Wir sind Studenten der Lebensmittelchemie an der TU München und verfügen deshalb sowohl über ein naturwissenschaftliches Grundwissen als auch über den Zugang zu entsprechenden Bibliotheken, Fachzeitungen u.ä.. Freilich, um Irrtümer zu vermeiden, wir wissen heute als „fleißige Studenten“ viel über die Reaktionsmechanismen der Chemie, aber nichts über unser tägliches Essen, nichts über die Bedingungen, unter denen es

produziert wird, und auch nichts über das Vorkommen von Umweltgiften, geschweige denn in Lebensmitteln. Aber weil wir eben keine Fachidioten zur Herstellung von Aromastoffen und Trocken-Ei werden wollen, haben wir uns um jene interessanten Informationen, die uns im Studium vorenthalten werden sollten, selbst bemüht: Heute existiert eine umfangreiche Sammlung wissenschaftlicher Arbeiten über:

1. Inhaltsstoffe von Lebensmitteln und ihre Wirkungsweise auf den Menschen, über ihre Verarbeitung und Denaturierung durch die Industrie und ihre gesundheitlichen Folgen (Themenkreise: Zivilisationskrankheiten, Lebensmittelzusatzstoffe, Verpackung, Konserverung ...),
2. über eine Vielzahl von Umweltgiften, ihr Vorkommen und ihre Auswirkungen auf das Ökosystem und auf die Menschen (Schwermetalle, Pestizide, Strahlungen, Industrieabfälle, Waschmittel ...).

Unser Ziel ist, Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen (generell allen Multiplikatoren) bei ihrer politischen Arbeit Rückendeckung zu geben. D.h., sie zu unterstützen bei Aktionen gegen Umweltskandale, sei es das Vorkommen von HCH in der Milch, sei es das rücksichtslose Versprühen von Herbiziden in der Landschaft; oder bei Aktionen für bessere Nahrungsmittel, z.B. für eine nicht-homogenisierte Milch. Das geschieht z.Zt. durch Beratung und durch wissenschaftliche Begleitung von Aktionen. Wir können das Material liefern, das notwendig ist, um auch „wissenschaftlich fundiert“ an die Öffentlichkeit treten zu können.

Was wir nicht können: Selbst Analysen von Umweltproben und Messungen durchführen, da uns sowohl die entsprechenden Geräte fehlen als auch die nötige Zeit.

Und was wir auch nicht können: garantieren, daß auf jede Frage sofort eine hieb- und stichfeste Antwort parat ist. Denn auch die Recherche in einer Anzahl von Handbibliotheken wissenschaftlicher Institutionen erfordert Zeit. Und auch dann ist nicht gesagt, daß geeignete Untersuchungen vorliegen, obwohl wir immer wieder feststellen mußten, daß „gewisse Kreise“ überraschend gut über die Folgen fast unbekannter Umweltgifte informiert sind. Deren Ergebnisse sind weniger in Büchern und in Fachzeitschriften erhältlich, sondern kursieren vor allem als Fotokopien, die Außenstehenden fast unzugänglich sind.

Sowohl aufgrund dieser Schwierigkeiten, Unterlagen zu bekommen, als auch um schnell nachschlagen zu können, ist es notwendig, das Wichtigste sofort zu kopieren; und das geht auf die Dauer ins Geld. Bis jetzt bezahlen wir noch alles aus eigener Tasche. Wir hoffen, daß zumindest diese Unkosten durch Solidaritätsbeiträge der Gruppen, die wir unterstützen, gedeckt werden können. Ob sich daraus eine sinnvolle Berufsalternative ergeben kann, läßt sich heute noch nicht sagen – wir hoffen es.

**Kontakt:**  
Eva Kapfesperger, Udo Pollmer  
Falkenstr. 21  
8000 München 90  
Tel. 089/655779

Wir bitten all diejenigen, die mit der Produktion und Verarbeitung von Nahrungsmitteln zu tun haben und uns Informationen darüber geben können (z.B. aus Lebensmittel- und Chemiebetrieben, der Lebensmittelüberwachung und des Umweltschutzes, der Landwirtschaft und Veterinärmedizin) sich mit uns in Verbindung zu setzen, um auch langfristig ein Informationsnetz aufzubauen.

## Impressum WECHSELWIRKUNG

### Redaktion:

ISSN 0172-1623

Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verantwortlich), Paula Bradish, Larry Cramer, Imma Harms, Dirk Hennings, Thomas Krist, Stephan Labbé, Herbert Mehrrens, Rainer Schlag, Franz Schulz, Rolf-M. Servu  , Rainer Stange, Ulrich Tietze.

### Anschrift der Redaktion:

WECHSELWIRKUNG erscheint viertelj  lich im Verlag Reinhard Behnisch  
Hauptstr. 31  
1000 Berlin 62

Postscheckkonto Berlin West Nr. 3831 65-108  
Auflage 6000

### Abonnement:

DM 20.- für vier Hefte (incl. Versandkosten) gegen Vorauszahlung

Wiederverkaufsrabatt: 20% pro Heft bei einer Mindestabnahme von zehn Heften pro Nummer  
Die Wiedergabe und der Nachdruck von Artikeln aus WECHSELWIRKUNG ist unter Quellenan-

gabe und Zusendung eines Belegexemplares erwünscht. Die Redaktion fordert zur Einsendung von Manuskripten auf, kann aber für sie keine Gewähr übernehmen.

Redaktionsschlu  f für Nr. 3: 15. Sept. 1979

### Buchhandelsvertrieb:

pro media GmbH  
Internationaler Literaturvertrieb  
Werner-Voß-Damm 54  
1000 Berlin 41  
Tel. 030/ 785 59 71  
Satz: Oberbaumverlag, 1000 Berlin 21  
Druck: Oktoberdruck, 1000 Berlin 36

Einige Hinweise zum Schreiben von Artikeln

- Zitate müssen gekennzeichnet sein; Quellen müssen angegeben sein.
- Am Ende des Artikels sollte auf grundlegende bzw. weiterführende, aber leicht zugängliche Literatur hingewiesen werden.

- Der Autor sollte eine kurze Zusammenfassung der zentralen Aussagen seines Artikels mitliefern.
- Die Artikel sollten in Spalten mit jeweils 60 Anschlägen pro Zeile und 1 1/2-zeiligem Abstand auf einer Schreibmaschine geschrieben werden; jede zehnte Zeile sollte numeriert sein.
- Die Länge der Artikel sollte im allgemeinen einen Umfang von 6-8 Schreibmaschinenseiten nicht 超berschreiten.
- Der Autor sollte unter Angabe der Quellen Layout-Material, wie schwarz-weiß Fotos, Graphiken, Zeichnungen dem Artikel beifügen.
- Jeder Artikel sollte zur Erleichterung der Redigierung nach Möglichkeit in vier Exemplaren der Redaktion zugesandt werden.

**GhK**Gesamthochschule  
Kassel

In der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für angepaßte Technologie ist ab sofort folgende Stelle zu besetzen:

1 wiss. Mitarbeiter (BAT IIa)  
Kennziffer: 149, halbtags, befristet auf 3 Jahre

Die Arbeitsgruppe arbeitet zur Zeit an Verfahren zur dezentralen Energieversorgung (Wind, Sonne, Biokonversion, Wärme-Kraft-Kopplungen) sowie an angepaßten Bautechnologien und Selbstbausystemen für verschiedene Formen von Behausungen.

**Aufgaben:**

Betreuung von Projekten im Bereich von Forschung und Entwicklung, Übernahme von Meßaufgaben, Kontaktpflege zu Anwendern angepaßter Technologien in der Region, Mitarbeit an den Planungs- und Organisationsaufgaben innerhalb der Arbeitsgruppe, Aufbau eines Archivs, Dokumentation.

**Voraussetzungen:**

Abgeschlossenes Hochschulstudium aus dem Bereich der Natur- und Technikwissenschaften. Kenntnisse und Interesse an den Themenstellungen von angepaßter Technologie werden erwartet.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind unter Angabe der Kennziffer innerhalb von 2 Wochen nach Erscheinen zu richten an:

**GESAMTHOCHSCHULE KASSEL**  
— Der Präsident —  
Mönchebergstr. 19, 3500 Kassel

**die kleine Zeitschrift mit dem kühnen Namen**

brachte und bringt von und über:

No. 13 Der Konflikt zwischen Vietnam und Kampuchea Heinz Kotte  
Zwei Reden über Entspannung Piotr Grigorenko

No. 14 Prag 68: unveröffentlichte Gerichts-urteile aus der DDR  
Jugoslawiens Verteidigungspolitik Rudolf G. Wagner

No. 15/16 Schwerpunkt: Indochina  
Auslandschinesen: die Juden Südostasiens Rudolf G. Wagner  
Kampuchea: Völkermord? Befreiung? Erik Eriksson contra Jan Myrdal  
chinesisch-vietnamesischer Krieg: Deng Xiaoping's interne Rede, Reportage: ein böser 16-Tage-Krieg  
USA: die neue Dritte-Welt-Politik Carters Klaus Kuhnke  
Juli 1979 Doppelnummer 8.— DM

**BEFREIUNG**

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WISSENSCHAFT

Einzelheft (ca. vierteljährlich, 100 S.) 5.— (bis Nr. 14 4.—), Abonnement einschl. Porto für 4 Hefte 17.—

Bestellungen (auch Probeexemplare) an:  
Redaktion Befreiung, Martin-Luther-Str. 78,  
1000 Berlin 62

**Frauenforschungs - Bildungs - und Informationszentrum**

Die Initiative Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ) in Berlin arbeitet seit Februar 1978. Frauen aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und autonomen Gruppen treffen sich, um die Fortführung, Unterstützung, Koordination und teilweise auch Zentralisierung bisher bestehende Ansätze auf dem Gebiet der Frauenbildung, -forschung und -information zu unterstützen.

Das FFBIZ wendet sich:

An Frauen aus der Frauenbewegung, die sich mit einschlägigen Fragen von Bildung, Forschung und Information befassen. Außerdem an Frauen, die sich individuell oder organisiert mit der Problematik ihrer Frauensituation auseinandersetzen wollen. An Frauen, die in Frauenverbänden und Gewerkschaften arbeiten, in der Sozialarbeit, Familien- und Frauenberatung, Volkshochschulen und Kirchen.

An Frauen, die in und außerhalb der Universitäten Frauenforschung betreiben oder in Berufen tätig sind, die speziell mit Frauen zu tun haben.

Unabdingbar ist für das FFBIZ der Kontakt zu denjenigen Frauen, in deren Bewußtsein sich am unmittelbarsten die abhängige Stellung der Frau zeigt: Hausfrauen, Arbeiterinnen, Angestellte. Für Mitglieder dieser Gruppen sollen am FFBIZ Gesprächskreise, Kurse, Foren angeboten werden.

Gerade dieser letzte Punkt, die Nichtbeschränkung auf den universitären Bereich, ist den Frauen von FFBIZ wichtig. Dies war mit ein Grund, warum sie den vom Berliner Senat entwickelten Plan, ein Zentralinstitut für Frauenforschung der Freien Universität zu errichten, widergesetzt haben, das zudem die bisherige Arbeit des FFBIZ nicht einbezog.

Die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien ist noch nicht abgeschlossen. Dabei geht es auch darum, daß das FFBIZ finanziell unterstützt und abgesichert wird. In den letzten Monaten hat sich die Gruppe mehrmals mit den von ihr als elitär, hierarchisch und undemokratisch eingeschätzten Senatsplänen öffentlich auseinandergesetzt und Schritte zur Realisierung der eigenen Forderungen unternommen.

Kontaktadresse:

Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum, c/o Ursula Nienhaus, Uhlandstr. 195, 1000 Berlin 12

**Sommeruniversität für Frauen 1979**

Vom 1. bis 8. Oktober findet in Berlin die 4. Sommeruniversität statt. Sie ist ein wichtiges internationales Frauentreffen, ein Forum für theoretisierende, wissenschaftlich arbeitende, politisierende, schreibende, malende und sonstwie schöpferisch tätige Frauen.

Nachdem im letzten Jahr die Problematik des Mutterseins im Mittelpunkt der Diskussionen stand, ist das Thema der Sommeruniversität 1979: Frauen, Machtfaktor in Politik und Gesellschaft.

Vorgesehen sind folgende Schwerpunktthemen:

Frauen in Institutionen; Frauenprojekte als Alternativen. Ist das Arbeiten an alternativen Projekten ein Rückzug auf eine „feministische Insel“? Verweigerung und Abgrenzung als Strategie der Lebensbewegung; Strategie und Theorie der Frauenbewegung. Mythologie und Wissenschaft, zu Fragen feministischer Theorie; Kultur/Gegenkultur. Theoretische und praktische Versuche, weibliche Ästhetik. Frauen, die Beiträge, Ausstellungen oder Auftritte machen wollen, sollten sich bis zum 1. August mit einer kurzen Erläuterung ihres Projektes (Script, Vorschläge für Arbeitsgruppen, Raumvorstellung etc.) an die Vorbereitungsgruppe wenden. Wie in den letzten Jahren wird auch diesmal Bildungsurlaub beantragt.

Kontaktadresse:  
Sommeruniversität für Frauen, c/o Rosi Giesen, Willmanndamm 7, 1000 Berlin 62

**sozialistisches INFO  
OSTEUROPAKOMITEE**

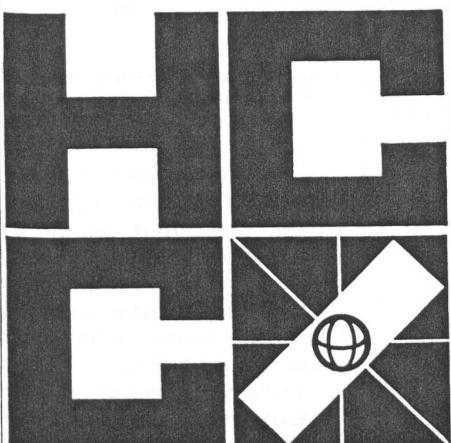
**INFO 34:** DDR - BERICHTE ZUR WEHRDIENSTVERWEIGERUNG UND ZUM WEHRKUNDE-ERLASS; POLEN - "FLIEGENDER UNIVERSITÄTEN"; UNGARN - OPPOSITION; CSSR - DER FALL SABATA; BRIEF V. PETR UHL; RUMÄNIEN - BERICHT April 1979, 34 S. DM 2,00

**INFO 35:** INTERVIEW MIT BORIS WEIL (UDSSR) - DISKUSSION IN DER CHARTA 77 (CSSR) - M. HARASZTI (UNGARN); WAS IST MARXISMUS? - FREIE GEWERKSCHAFTEN IN RUMÄNIEN Juni 1979, 30 S. DM 2,00

**INFO 36:** THEMENSCHWERPUNKT "FRAUEN IN OSTEUROPA" (POLEN, CSSR, RUMÄNIEN, UDSSR); POLEN: OPPOSITION UNTER ARBEITERN Juli 1979, ca. 32 S. DM 2,00

**Bezugsbedingungen:** Alle Bestellungen an SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13; die Lieferung von Einzelheften erfolgt nach Vorauszahlung (Heftpreis zuzüglich Portoanteil von DM 0,40); Abo: Jahresabonnement DM 20,00 (6 Hefte + 1 Sonderheft). Überweisungen an Postscheckamt Hamburg, Kto.Nr. 531 73-206 P.Offenborn, Sonderkto., 2 Hamburg 19

Ulrich Briefs



## Human Choice and Computers

### Zwischen Faszination und Furcht

Der Computer, die elektronische Datenverarbeitung, die Mikroprozessoren, die Informationstechnologien, die „neuen Technologien“ erzeugen inzwischen neben Optimismus und sehr viel Faszination – gerade auch unter Naturwissenschaftlern und Technikern – erhebliche Befürchtungen.

Von beiden – von Faszination und von Furcht – war die 2. Konferenz über Human Choice and Computers geprägt, die vom 5. bis 8. Juni in Baden bei Wien stattfand. Veranstalter war das Technische Komitee 9 der IFIP (Internationaler Dachverband der Datenverarbeitungsgesellschaften, in der BRD ist z.B. die Gesellschaft für Informatik Mitglied); dieses Komitee war nach der ersten Konferenz Human Choice and Computers 1974 in Wien von der IFIP ins Leben gerufen worden, um sich der gesellschaftlichen Probleme der EDV-Entwicklung anzunehmen. 120 Teilnehmer (zumeist Systemspezialisten, Vertreter von Herstellerfirmen, Wissenschaftler, Gewerkschaftler) aus 18 Ländern folgten Vorträgen über die Auswirkungen der EDV-Entwicklung auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen im privaten und im öffentlichen Bereich. Weitere Themen schwerpunkte waren die Probleme des Datenschutzes, die Beteiligung der Beschäftigten an der Gestaltung von EDV-Systemen, die Auswirkungen der EDV auf die Machtverhältnisse in Organisationen und auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen.

Das Bild wurde abgerundet durch eine intensive Darstellung des Standes der (sozialwissenschaftlichen) Erforschung der Auswirkungen der EDV – allerdings weitgehend auf den nordamerikanischen Bereich beschränkt. Sowohl die Ergebnisse der EDV-„Wirkungsforschung“ in der BRD – vor kurzem als veröffentlichte Studie (Gefahren der informationstechnologischen Entwicklung, Campus Verlag) vorgelegt – als auch die sehr plastischen Aussagen aus Frankreich (etwa: CFDT, *Les dégâts du progrès*) fehlten auf dem Programm unter den Vorträgen – wurden jedoch in einigen der insgesamt 10 Arbeitsgruppen, denen etwa die Hälfte der Zeit zur Verfügung stand, durchaus angesprochen.

Insgesamt muß man sagen, daß die skeptischen Einschätzungen – gegenüber den von Optimismus und Faszination geprägten – überwogen. Verglichen mit der ersten Konferenz im Jahre 1974 haben sich inzwischen eindeutig die problematischen Aspekte der EDV-Entwicklung in den Vordergrund geschoben – was angehiebts der inzwischen eingetretenen negativen real-ökonomischen Veränderungen und der massenhaften Arbeitslosigkeit gerade in den von der EDV-Entwicklung jetzt stärker betroffenen hochentwickelten Industrieländern auch unerlässlich ist. Zugleich spiegelt sich darin auch eine Reihe von ernüchternden Erfahrungen mit den bislang entwickelten Abwehr- und Kontrollmöglichkeiten (z.B. beim Datenschutz).

Einige wesentliche Ergebnisse können wie folgt zusammengefaßt werden:

- Die EDV-Entwicklung fördert die bürokratische Rationalität (Abbe Mowshowitz, Kanada); sie trägt zur Einengung von Handlungsräumen bei (Niels Björn-Andersen, Dänemark).
- Viele öffentliche Dienstleistungen haben durch den Einsatz der EDV an Qualität verloren (Klaus Lenk, BRD).
- Nicht die Macht der „Informationselite“ wird durch EDV-Systeme gestärkt, sondern die der Eigentümer und Machthaber in Organisationen (Kenneth L. Kraemer, USA).
- Die Einführung von EDV-Systemen schafft für das untere Management mehr „Raum zum Atmen“, nimmt Zeitdruck weg (Friso Den Hertog, Niederlande).
- Der Raum für ein bewußtes „ethisches“ Handeln wird durch die EDV-Entwicklung reduziert (Abbe Mowshowitz).
- Die Erforschung der sozialen Auswirkungen hinkt hinter der Dynamik der EDV-Entwicklung hinterher: Forscher werden, statt neue Entwicklungen vernünftig mitzustalten, eher zu „em-

pfindsam registrierenden Analytikern von Projekten, die dürfzig im Entwurf, geprägt von Verkaufsanstrengungen etwa der Herstellerfirmen und im sozialen Wert gemindert sind... wir werden sehr wahrscheinlich die Nachrufe schreiben.“ (Rob Kling, USA).

- Die EDV entfaltet prinzipiell ein gewaltiges Potential für mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, die Verschärfung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche führt jedoch zum weiteren Abbau von Autonomie und zur verstärkten Abhängigkeit der Beschäftigten (Ulrich Briefs, BRD).
- Die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen dürfen nicht einfach das Wissen des Managements übernehmen, sondern müssen ihre eigenen Darstellungs- und Vermittlungsformen entwickeln (Kristen Nygaard, Norwegen).
- Die EDV-Entwicklung muß ein demokratischer Prozeß werden: „*Industrielle Demokratie und bewußte menschliche Wahl (human choice) ... bedeuten, neue Lösungen nicht für, sondern mit den Menschen zu finden.*“ (Fred Margulies, Österreich).

– „*Das Recht auf einen menschlichen Arbeitsplatz, der einen nicht unaufhörlich an eine Maschine bindet, die jede Bewegung zählt, die einer macht, ist ein viel wichtigerer Aspekt des „Datenschutzes“ als jede Abwehr gegen private Schnüffelei*“ (Kerstin Aner, Schweden).

- Die sich unaufhörlich mit dem Computer entwickelnden Mystifikationen halten die Menschen von einer bewußten Gestaltung ihrer eigenen Verhältnisse ab und berauben sie schließlich ihrer wirklichen Lebensmöglichkeiten (Joseph Weizenbaum, USA).

Heinz Zemanek (Österreich) betonte eindrücklich die Notwendigkeit, angesichts der gewaltigen Chancen und Risiken, die die EDV-Entwicklung zugleich bietet, zu einer bewußteren, gerade auch sozial verantwortlichen Gestaltung dieser Entwicklung zu kommen.

C.C. Gotlieb (Kanada) konnte am Ende der Konferenz das Resumé ziehen, daß die vielfältigen und kritischen Diskussionen auf der Konferenz wesentliche Anregungen für Schritte hin zu einer solchen bewußten, verantwortungsvollen Gestaltung im Sinne des Konferenzthemas gebracht haben – die zukünftige Diskussion wird sich verstärkt mit den Hindernissen und Widerständen für die Verwirklichung solcher Schritte zu befassen haben.

(Die Beiträge und Diskussionsergebnisse erscheinen gegen Ende des Jahres beim Verlag North-Holland Publishing Co., Hrsg.: Abbe Mowshowitz.)